

Währungspolitik – autonom und doch effizient

Die Aufrechterhaltung der Autonomie der Währungspolitik scheint für die Schweiz nicht zu grösseren Zusatzkosten geführt zu haben. Gastkommentar von Bruno S. Frey, Andre Briviba und Fabian Scheidegger

Die Europäische Union beschloss 1998 eine gemeinsame Währung. Im Jahr 2002 ist dann der Euro als Bargeld eingeführt worden. Die Europäische Zentralbank (EZB) wurde neu geschaffen und übernahm die geldpolitische Verantwortung dieser neuen Währung für anfangs 12 und mittlerweile 19 Mitgliedsländer.

Im Jahr 2020 hatte sie 3923 Beschäftigte; der Personalbestand ist seit der Euro-Einführung um über 350 Prozent gewachsen.

Die neue Währung soll nicht nur die Gemeinsamkeit der Mitgliedsländer stärken, sondern auch einen Effizienzgewinn erzielen. Anstelle von 12 nationalen Zentralbanken mit eigener Währung und eigener geldpolitischer Verantwortung besteht mit der EZB nur noch eine Zentralbank mit diesen Kompetenzen. Entsprechend kann erwartet werden, dass die Beschäftigung im Zentralbanksektor der Euro-Länder geschrumpft ist.

Nicht nur weil ein wichtiger Aufgabenbereich weggefallen ist, sondern auch weil viele Prozesse vereinheitlicht worden sind und redundant gewordene Arbeit vermieden wurde.

Diese Erwartung hat sich bestätigt, zeigt aber unterschiedliche Entwicklungen. Bis 2008 haben die nationalen Notenbanken 10 000 Stellen abgebaut, während die EZB ihr Personal nur um 300 vergrössert hat. Dieser Effizienzgewinn ist beträchtlich, flacht allerdings über die folgenden Jahre ab. Von 2008 bis 2019 weisen die Nationalbanken 4000 Beschäftigte weniger aus, während die EZB 1271 neue Stellen besetzte.

Der Zuwachs bei der EZB in der ersten Periode beträgt nur 3 Prozent der Abnahme bei den Nationalbanken. In der zweiten Periode beträgt die Zunahme allerdings stattliche 32 Prozent. Wenn sich die Personalentwicklungen der stagnierenden Nationalbanken und der stark wachsenden EZB fortsetzen, wäre die Zentralisierung längerfristig als weniger effizient zu bewerten.

Allerdings zeigt eine differenziertere statistische Analyse, dass dieser Rückgang des Personalbestandes sehr unterschiedlich verlief. Die Beschäftigtenzahl der grossen Zentralbanken – also diejenige von Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Belgien – ist geschrumpft, diejenige der sechs kleinen Länder (für Griechenland fehlen Zahlen) hat hingegen deutlich zugenommen.

So ist beispielsweise die Zahl der Angestellten in Irland von 2002 bis 2018 um 130 Prozent gestiegen und die in Österreich von 2002 bis 2020 um immerhin 16 Prozent. Eine Standardisierung der Kompetenzen könnte zu einer Angleichung der Personalgrösse von Zentralbanken geführt haben.

Wie ist die Situation in der Schweiz, die sich ja dem Euro-Raum nicht angeschlossen hat? Die Zahl

der Angestellten der Schweizerischen Nationalbank hat seit 2002 stetig, aber langsam zugenommen, mit 2,5 Prozent pro Jahr. Es sind nun 871 Angestellte in Vollzeitpensen.

Die Veränderung der Beschäftigtenzahl in der Schweiz als kleines Land bewegt sich damit in einer ähnlichen Grössenordnung wie diejenige der kleinen Mitglieder des Euro-Raumes. Diese haben jedoch eine eigenständige Währungspolitik aufgegeben.

Die Schweizerische Nationalbank kann hingegen nach wie vor den Leitzins und andere währungspolitische Massnahmen selbst bestimmen und hat damit ihre Autonomie gewahrt. Wäre die Schweiz dem Euro-Raum beigetreten – so hätte man a priori spekulieren können –, hätte sie einen personaltechnischen Effizienzgewinn erfahren, Hand in Hand mit einem Rückgang der geldpolitischen Kompetenzen.

Im Nachhinein deuten die Entwicklungen der kleineren Länder im Euro-Raum darauf hin, dass dies mit Blick auf den Personalbestand nicht der Fall ist.

Folgt man dieser Sicht, hat die Aufrechterhaltung der Autonomie der Währungspolitik keine Zusatzkosten bewirkt. Die schweizerische Wirtschaftspolitik kann nach wie vor sowohl Währungs- als auch Fiskalpolitik einsetzen, um Preisstabilität und ökonomische Entwicklung zu beeinflussen, was ein erheblicher Vorteil ist.

Bruno S. Frey ist ständiger Gastprofessor an der Universität Basel und Forschungsdirektor beim Center for Research in Economics, Management and the Arts (Crema). Andre Briviba und Fabian Scheidegger sind wissenschaftliche Mitarbeiter bei Crema.